

## **Ökosoziale Marktwirtschaft und Global Governance ... Vision und Realität**

Vision und Realität der Ökosozialen Marktwirtschaft und von Global Governance standen im Mittelpunkt der Dialogrunde des IUFE am 6. Juni 2011. Unter Moderation von IUFE-Geschäftsführer Franz Fehr erörterten Referenten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft Ideen und Bedeutung von Ökosozialer Marktwirtschaft und globaler Ordnungs- und Strukturpolitik sowie die Relevanz der UN-Millenniums-Entwicklungsziele und des Global Marshall Plans für die österreichische und weltweite Entwicklungspolitik.

### **Glaser: Natur- und menschenfreundlicher ökosozialer Ansatz**

Franz Glaser, Abg. z. NR und Vorstandsvorsitzender des IUFE, betonte bei seiner Begrüßung, es gebe genug zu tun, um die Welt in Lot zu halten. Ein gutes Leben müsse auch für die Menschen in den Entwicklungsländern möglich sein. Das größte Problem sei der Klimawandel durch den ungebremsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß. In wenigen Jahrzehnten werde man dadurch hunderttausende Hektar fruchtbarstes Ackerland verlieren. Mit immer kleiner werdenden Ackerflächen müsse man immer mehr Menschen gut ernähren, alternative Energien erzeugen und wohl bald auch Rohstoffe für die Industrie erzeugen. Der ökosoziale Ansatz habe jedenfalls stets mit der Region, mit Natur- und Menschenfreundlichkeit zu tun, betonte Glaser.

### **Fehr: Dienst an Gesellschaft im Hintergrund**

IUFE-Geschäftsführer Franz Fehr erinnerte daran, dass täglich 24.000 Menschen weltweit an Hunger sterben. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steige immer noch, obwohl die Zeichen der Klimakatastrophe nicht mehr zu leugnen seien. Der Verkehr habe dabei die Industrie und den Hausbrand überholt. Viele Menschen würden noch an der Finanzkrise leiden. Die meisten Menschen würden merken, dass wir nicht mehr auf dem richtigen Weg seien, sagte Fehr. In der Wirtschaft gehe es nur um Gewinnmaximierung, der Dienst an der Gesellschaft rücke in den Hintergrund. Es stelle sich die Frage, welche Rahmenbedingungen für Änderungen notwendig seien.

### **Riegler: Besitzstandswahrer stärker als Zukunftsinteressen**

Josef Riegler, Vizekanzler a. D. und Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums, erklärte, die nächsten Jahrzehnte würden für die Menschheit ungeheuer herausfordernd sein. Es gehe darum, eine neue Form der Zivilisation zu entwickeln, die ihr Leben darauf ausrichte, dass es auf Dauer mit dem Lebensraum Erde wieder verträglich sei. Die seit 20 Jahren dominierende Strategie einer profitorientierten globalisierten Ökonomie sei dafür nicht das geeignete Instrument. Riegler berichtete über die Entwicklung des Modells der ökosozialen Marktwirtschaft, das nicht nur – wie die Soziale Marktwirtschaft - auf soziale Balance, sondern auch auf ökologische Nachhaltigkeit abziele, in dem es nachhaltiges Verhalten auch wirtschaftlich belohne. Dies sei jedoch bis heute nur bruchstückhaft gelungen. Die ökonomische Globalisierung habe weitere Verzerrungen gebracht. Produkte könnten heute zu billigen Preisen angeboten werden, weil dafür Menschen in anderen Teilen der Welt ausgebeutet und die Natur zugrunde gerichtet werde. Längerfristig würden wir jedoch alle den Preis dafür bezahlen.

Riegler betonte die Kostenwahrheit auch der ökologischen Kosten und das Verursacherprinzip als Erfolgsfaktoren der ökosozialen Marktwirtschaft. „Wenn wir das durchsetzen, ergänzt durch Änderungen im Steuer- und Abgabensystem, dann haben wir gewonnen“, so Riegler. Die Abwehrkräfte der Besitzstandswahrer seien allerdings meistens stärker als die Zukunftsinteressen derer, die in den nächsten Jahrzehnten leben müssten. In diesem Dilemma stecke die Politik.

Riegler erinnerte daran, dass es im Bereich der ökosozialen Marktwirtschaft bis 1992 eine offensive Entwicklung gegeben habe. Mit der Rezession ab 1993 und der Revolution der

Informationstechnologie, welche die Finanzmärkte geprägt hat, sei jedoch der Faden gerissen. Mit dem Global Marshall Plan habe man sich bemüht, die globale Diskussion mitzuprägen. Die Gestaltung der Rahmenbedingungen sei entscheidend. Wenn es so weitergehe wie bisher, stünden die nächste Krise, ökologische Bedrohungen und sozialer Explosionsstoff bevor. Auch in unseren Gesellschaften schlummere soziale Explosionskraft. Riegler plädierte im Sinn des Global Marshall Plans für Sozial- und Umweltstandards auf globaler Ebene, Ordnung auf den Finanzmärkten und Fairness in Bezug auf Steuersysteme sowie für einen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Regionen. Die Millenniumsziele hätten richtige Schritte für mehr globale Gerechtigkeit und Chancenverteilung gebracht. Zwei Drittel der Wegstrecke seien bereits absolviert, die Bilanz in den einzelnen Bereichen aber sehr unterschiedlich. Wenn man die Ziele ernst nehme, bedürfe es zusätzlicher finanzieller Mittel. Eine wichtige neue Finanzierungsquelle sei eine weltweite Abgabe auf Kapitaltransfers. Dies würde der realen Wirtschaft nicht wehtun, aber erhebliche Erträge bringen und zudem die Hyperspekulation bremsen, sagte Riegler. Er betonte die gute Kooperation mit dem Europäischen Parlament. Es gehe insgesamt um das unablässige Bohren dicker Bretter, so Riegler über die bisherige Geschichte der Ökosozialen Marktwirtschaft.

### **Stagl: Grundlagen des Wirtschaftens kommen abhanden**

Sigrid Stagl, Univ.-Prof. an der Wirtschaftsuniversität Wien, betonte, wir würden uns in mehreren Bereichen außerhalb des „sicheren Bereichs“ bewegen. Dazu gehöre auch der Klimawandel. 2010 habe es die meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Geschichte der Menschheit gegeben. Man fordere zwar deutliche Reduktionen, schaffe es aber nicht einmal, den Ausstoß zu stabilisieren. Ändere sich diesbezüglich nichts gravierend, werde die Durchschnittstemperatur um 4 Grad steigen. Dies bedeute auch Massenmigration und Konflikte. Weitere Gebiete, wo wir außerhalb einer sicheren Entwicklung lägen, seien Biodiversität und der Stickstoff- und Phosphorzyklus. Auch hier hätten wir die Grenzen deutlich überschritten und müssten die Emissionen deutlich zurückfahren, forderte die Wissenschaftlerin.

Die Kohlenstoffintensität unserer Produktion läge derzeit weltweit bei 746 Gramm pro Dollar. Innerhalb der Staaten gebe es dabei große Unterschiede. Großbritannien liegt bei 347 Gramm, die USA bei 500 Gramm, Japan bei 246 Gramm. Reiche Länder hätten bessere Technologien, produzierten aber viel mehr. Um im Jahr 2050 bei einer Bevölkerungszahl von neun Milliarden Menschen die global vereinbarten CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen, müsse eine Senkung der Kohlenstoffintensität auf 36 Gramm erreicht werden. Bei 11 Milliarden Menschen sei eine Reduktion auf 30 Gramm notwendig. Wenn nicht nur die ärmeren, sondern auch die reicheren Länder ein Wachstum - von 2 Prozent - haben sollten, müsse der Wert bei 6 Gramm liegen, referierte Stagl. Sie lassen sich gerne von Technologien überraschen, die das ermöglichen, plädiere aber lieber für eine vorsichtige Strategie, statt auf große technologische Würfe zu warten. Auch die Strategie des selektiven Wachstums – in wenig ressourcenintensiven Sektoren – werde für den Weg in die kohlenstofffreie Wirtschaft nicht reichen. Es brauche eine Kombination aus mehreren Maßnahmen.

Für sie sei es wichtig, wirtschaftliche Entwicklungen auch aus einer regenerativen Perspektive zu analysieren. Die Natur sei nicht nur eine Quelle von Ressourcen, sondern auch von lebenserhaltenden Funktionen und Diensten. Bienen schicken uns keine Rechnungen, deshalb fallen sie uns nicht auf, sagte Stagl. Die Wissenschaftlerin plädierte für ein langfristiges Verständnis von Effizienz und betonte die Wichtigkeit inter- wie intragenerationaler Gerechtigkeit. Der biophysische Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten müsse beachtet werden, sonst kämen uns die Grundlagen des Wirtschaftens abhanden, warnte sie.

### **Gruber: Nicht das Trennende suchen**

Global Marshall Plan-Trainerin Bernadette Gruber vom Ökosozialen Studierendenforum stellte fest, man kenne zwar die Probleme und Lösungsansätze – aber niemand setze sie um. Die junge Generation müsse sich mit den Problemen auseinandersetzen. Aus der Aneignung von Wissen resultiere auch Verantwortung für die Gesellschaft. Die Aufgabe des Ökosozialen Studierendenforums

liege vor allem in der Sensibilisierung, etwa durch ein monatliches Nachhaltigkeitstreffen. Gruber betonte, die Initiative sei universitätenübergreifend angelegt. Nachhaltigkeit spiele sich eben nicht nur in einer Branche ab. Sie verwies darauf, dass viele Menschen den Klimaentwicklungen ohnmächtig gegenüber stünden, man könne aber selbst viel tun, etwa beim eigenen Konsum. Es gebe kein Patentrezept, sondern es gelte offen für verschiedene Ansätze zur Veränderung zu sein. Es zeige sich bei Treffen mit NGOs leider oft, dass nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern das Trennende gesucht werde. Die kritische Masse der Zivilgesellschaft sei wichtig, weil sie auch die Politik zum Handeln motiviere. Gruber plädierte für ein breites Umdenken in Lebensstil-Fragen und im Verständnis von Lebensqualität. Es gelte, das Streben nach Gewinnmaximierung zu überdenken. Sie sei positiv gestimmt, dass dies gelinge, so Gruber.

### **Humer: „Kleine Welt“ in Balance bringen**

Günther Humer, Nachhaltigkeitskoordinator des Landes Oberösterreich (Oö. Zukunftsakademie beim Amt der Oö. Landesregierung) verwies mit dem bayrischen Politiker Alois Glück darauf, dass es immer schwieriger werde, die Herausforderungen der Zukunft und die bestehenden Altlasten zu finanzieren. Der Spielraum verringere sich. Bund, Länder und EU gingen mit dem Thema Nachhaltigkeit sehr zaghaft um. Fehlentwicklungen seien Ergebnis der Werte und Leitbilder unserer Zeit. Die Ökosoziale Marktwirtschaft sei eines der letzten Leitbilder gewesen. Es würden derzeit keine Modelle einer wünschenswerten Zukunft erarbeitet, meinte der Experte.

Weder Staat noch Markt, sondern eine aktive Bürgergesellschaft böten Lösungsperspektiven. Nicht Rahmenbedingungen und Finanzmittel, sondern die Haltungen der Menschen seien ein zentraler Erfolgsfaktor. Humer sprach sich für die Re-Demokratisierung von Prozessen aus. Die Geschwindigkeit des notwendigen Wandels hänge von Lehr-, Lern- und Machtverhältnissen zwischen den Generationen ab. Es brauche die junge Generation. Daher schmerze es besonders, wenn junge Menschen – wie in Griechenland oder Spanien – keine Arbeit fänden.

Humer plädierte weiters für Re-Regionalisierungsprozesse und ein Leitbild für eine europaweite Re-Regionalisierung. Große gesellschaftliche Weichenstellungen gingen in der Regel von kleinen Gruppen und wenigen Personen aus. Man könne Teil der kritischen Masse sein, sagte der Nachhaltigkeitsexperte. Menschen würden letztlich nicht nur durch finanzielle Fragen zum Handeln motiviert, sondern Sinn- und Wertefragen seien für ein gutes Leben entscheidend. Wenn die kleine Welt nicht in Balance sei, könne es die große Welt auch nicht sein, sagte Humer. Genau darin liege die Wurzel für eine negative oder für eine positive Entwicklung.

### **Diskussion: Werte-Renaissance notwendig**

In der nachfolgenden Diskussion unterstrich Josef Riegler, dass jedenfalls die Suche nach alternativen Modellen für unsere Gesellschaft existiere. So seien auch Regionalwährungen ein positives Zeichen. Wir müssten uns jedenfalls als Zivilisation grundlegend anders orientieren. Wir seien in eine materielle Sackgasse verführt worden, konstatierte Riegler.

Sigrid Stagl erinnerte, dass Lokalwährungen in Österreich ihren Ursprung hätten. Solche Experimente dürften allerdings nicht dazu dienen, negative Auswirkungen des bestehenden Systems bloß abzufedern, es aber nicht zu verändern. Wir müssten weg von Status-Gütern, erklärte sie.

Günther Humer unterstrich, dass es notwendig sei, an neuen Modellen zu arbeiten. Beispielhaft nannte er Social Entrepreneurship, Bürgerstiftungen und die Neudefinition von Arbeit. Lösungen kämen derzeit nicht aus politischen Gremien.

Josef Riegler betonte, dass eine Finanztransaktionssteuer sinnvoller gewesen wäre als die Einführung der Bankenabgabe. Weltweit fehle es an einem „Stück Weltregierung“ in globalen sozialen und ökologischen Fragen. Globale Institutionen seien für die Ideologie des Profitkapitalismus missbraucht

worden. Wir hätten noch nicht gelernt, globale Entscheidungen miteinander zustande zu bringen. Natur und Sozialexplosionen würden uns aber dorthin zwingen. Mit Blick auf die in der Diskussion mehrfach angesprochene Rolle der Politik sagte der Vizekanzler a.D., wenn sich Politiker nur gegenseitig schlecht machten und Journalisten es als ihre Aufgabe sähen, Politiker zu diffamieren, dürfe man sich nicht über Mängel bei der Rekrutierung von Politikern wundern. Aber auch in diesem Bereich wolle man auf ein Wunder hoffen. Riegler plädierte für eine Renaissance von Werten, an der jeder Einzelne mitwirken könne.

Sigrid Stagl erklärte, die mehrfach geforderte Tobin Steuer hätte vor 20 Jahren gewirkt. Damit sie heute wirken könne, sei eine andere Regulierung notwendig. Unser Kapitalismus sei in der jetzigen Form letztlich ein Pyramidensystem, so die Wirtschaftswissenschaftlerin.



Franz Fehr, Josef Riegler, Sigrid Stagl, Bernadette Gruber, Günther Humer und Franz Glaser

Foto: IUFE